Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 223 | Dresden, Dienstag den 23. September 1924 | 35. Jahrg.

Entscheidung für den Völkerbund

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist jetzt so spruchreif geworden, daß eine Entscheidung gefällt werden muß. Und diese Entscheidung kann und darf nach dem Stande der Dinge nicht mehr anders ausfallen als positiv. Der Völkerbund hat einen Charakter entwickelt, der Bürgschaft ist, daß diese große Organisation der Regierungen aller Staaten nicht mehr gegen die Besiegten gerichtet ist, sondern den Weg sucht und ebnet, der zu einer Sicherungsorganisation der Völker führt. Alle Mächte und Staaten gehören ihm an, auch die ehemals verbündeten Oesterreich, Ungarn, Bulgarien. Die Türkei tritt nach Erledigung der Mossulfrage bei. Bleiben fern nur noch Rußland, Amerika, Deutschland. Die Sowjetdiktatur will den bolschewistischen Imperialismus zur Weltmacht erheben, sie bleibt abseits von der Völkergemeinschaft, bis das eigene Volk die Diktatur der Clique beseitigt und den Weg zur Demokratie freigemacht haben wird. Und Amerika steht noch fern, weil Deutschland nicht im Völkerbund und daher der Völkerbund noch kein wahrer Völkerbund ist. Der Schlüssel liegt also bei Deutschland.

Der Weg ist so geebnet, daß die deutsche Regierung den Antrag stellen kann. England hat Ungeheures getan. Macdonald lud Deutschland förmlich ein — und jetzt hat die englische Arbeiterregierung eine Antwort auf die deutschen Anfragen über die Bedingungen geschickt, die alle Bedenken aufhebt. Deutschland braucht kein neues Anerkenntnis von Kriegsschuld abzulegen, und es erhält einen Sitz im Völkerbundrat. Dafür haben sich alle Mächte verbürgt. Zögert die Reichsregierung oder lehnt sie gar ab, dann ist das eine Brüskierung der ganzen Welt, die für das deutsche Volk die schwersten Nachteile bringen würde. Nur militaristisch-imperialistischer Wahnwitz könnte jetzt Deutschland provokatorisch in die Isolierung treiben. Aber noch diktieren die Deutschnationalen, die Völkischen und die Kommunisten nicht in der Regierung, obgleich sie sonst Hand in Hand den Weg zum Fortschritt mit Steinen und Dreck vollschmeißen. Der Schritt zum Völkerbund muß jetzt gemacht werden.

Nach Berliner Meldungen tritt das Kabinett Marx heute Dienstag zur entscheidenden Sitzung zusammen. Stresemann ist durch den englischen Botschafter näheres persönlich über die Gunst der Lage informiert worden und Reichskanzler Marx hat von Herrn Nansen alle Schritte erfahren, die zugunsten Deutschlands von den Großmächten getan wurden. Marx erklärte sich öffentlich für den sofortigen Beitritt. Stresemann fabelt noch hin und her. Sein Ansehen ist durch sein Schwätzen, sein nachheriges Ableugnen und sein ganzes „Konjunkturverhalten" derartig gesunken, daß die Auslandpresse und vor allem die sozialistischen Arbeiterblätter in Frankreich und England sein Verschwinden fordern. Vertrauen in die deutsche Außenpolitik könne erst wieder kommen, wenn sie Klarheit und Festigkeit zeige. Das Kabinett läßt andeuten, daß man zur Entscheidung die Ministerpräsidenten der Länder, den Reichsrat, Auswärtigen Ausschuß und wohl auch die Parteiführer hören werde. Die Form des Aufnahmegesuches solle jedoch Vorbehalte einschließen. Das läßt mancherlei Schwierigkeiten und Verzögerungen erwarten, mit denen man die Entscheidung noch hinausziehen will. Der Reichstag und das Volk werden aufmerksam sein müssen, daß die Gunst der Stunde nicht verscherzt werde.

•

Vermutungen über das Eintrittsgesuch

SPD. **Genf**, 22. September. (Eig. Drahtb.) In Völkerbundskreisen hat man mit Ueberraschung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung ein Eintrittsgesuch vorbereitet. Dieses Gesuch soll in einer umfangreichen Denkschrift dem Völkerbund vorgelegt werden. Es heißt, daß in ihr ein Ratssitz gefordert und dem Verlangen Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland kein neues Kriegsschuldbekenntnis abzulegen braucht und zahlreiche Vorbehalte für den Versailler Vertrag gemacht werden. Da der Abschluß der jetzigen Völkerbund-Tagung für den 28. September geplant ist, dürfte ein Gesuch in der angeblichen Form kaum noch erledigt werden. Es verlautet jedoch unverlässig, daß bereits in zwei Monaten eine außerordentliche Völkerbundsversammlung in Genf geplant ist, nachdem die diplomatischen Verhandlungen über technische Einzelheiten erledigt sind.

•

Der Soz. Parlaments-Dienst bemerkt hierzu: Es ist richtig, daß Deutschland noch in dieser Woche einen Schritt unternehmen wird, der auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinausläuft. In welcher Weise dieser Schritt jedoch unternommen und ob das deutsche Aufnahmegesuch in Form einer Denkschrift an den Völkerbund gerichtet wird, ist bisher noch zweifelhaft. Darüber dürfte am Dienstag das Reichskabinett entscheiden. Richtig ist, daß der Reichskanzler Marx für den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist. Es verlautet übrigens, daß Stresemann der gleichen Ansicht sei.

•

Herriot ebnet nochmals den Weg

P. **Paris**, 22. September. (Eig. Drahtb.) Der Lyoner Progrès, das frühere Organ Herriots, jetzt in guten Beziehungen zum Auswärtigen Amte stehend, zitiert in einem Leitartikel in seiner Sonntagsnummer Herriots Worte in Genf an die Liga für Freiheit und Menschenrechte wie folgt: **„Wir verlangen nicht, daß anerkannt, und wir verlangen auch nicht eine nochmalige Ratifikation des Versailler Vertrags. Eine einzige Bedingung nur stellt ihm der Völkerbund: die Annahme des Völkerbundsgesetzes, des Paktes."**

Dieser Wortlaut, der von dem von der Liga selbst gegebenen Text bedeutend abweicht, dürfte nicht ohne Fühlungnahme mit den zuständigen Pariser Stellen veröffentlicht worden sein. Der Leitartikel, der nochmals Herriots Zusicherung betont, daß Deutschland jeder andern Großmacht gleichgestellt werden solle, schließt: **„Wenn Deutschland sich um diesen Preis nicht mit uns verbinden will, dann mag es allein bleiben."**

Der Schiedsgerichtspakt

Sch. **Genf**, 22. September. (Eig. Drahtb.)

In der Vollversammlung der Abrüstungskommission gab Benesch am Montag Bericht über die Arbeiten der Unterkommission, deren Ergebnis jetzt in einem vorläufigen Projekt vorliegt, das nach kleinere Umänderungen erfahren kann, aber im ganzen ein System darstellt, das dem Krieg kaum noch eine Tür offenläßt.

Noch in keiner Epoche der Geschichte, erklärte Benesch, **hat sich eine derart vollständige und berufene Körperschaft zusammengefunden in dem Bestreben, den Frieden für immer zu sichern und den Krieg unmöglich zu machen.**

Durch die Möglichkeit der Anwendung der Bestimmungen des Art. 17 des Völkerbundpaktes werden sich auch die dem Völkerbunde noch fernstehenden Staaten diesem System nicht entziehen können. Das Protokoll bedeutet keine Veränderung des Paktes, sondern höchstens insofern eine notwendige Ergänzung, als zum Unterschied des Paktes sich die Mächte verpflichten, sofort, nachdem der Aggressor festgestellt ist, auch zu militärischen Sanktionen zu greifen, während der Pakt die Staaten nur zu sofortigen wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen verpflichtet und die Ergreifung militärischer Sanktionen erst nach Entscheidung des Rates vorsieht.

In der sich anschließenden Diskussion sprach der englische Delegierte Henderson, dessen Ausführungen deutlich erkennen lassen, daß sich der englische Standpunkt im Verlaufe der letzten Woche nicht derart verschoben hat, wie manche Kreise annehmen. Henderson sagte ungefähr folgendes: Die Grundlage, auf der das ganze Protokoll ruht, ist

die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle Staaten.

Artikel 36 des Statuts des Internationalen Schiedsgerichtshofes, der diese vorsieht, wurde sehr sorgfältig von den Juristen überprüft, die aber keinen Grund zu Ergänzungen fanden und erklärten, daß seine Bestimmungen genügend belastet seien, um jedem Staat den Eintritt ohne Vorbehalt zu ermöglichen. Trotzdem hat England einen wichtigen Vorbehalt zu machen, wenn es die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit annimmt. In Fällen, in denen die englische Flotte im Auftrage oder mit Zustimmung des Völkerbundes in kriegerische Operationen verwickelt ist — und wir geben das feierliche Versprechen, daß sie nie ohne die Zustimmung in Tätigkeit treten wird — verlangen wir die volle Handlungsfreiheit für die Flotte, die ja schon im Interesse der schnellen Sicherung des Erfolges unumgänglich ist. Niemand kann wünschen, daß der ständige Gerichtshof eine Körperschaft zur Ueberprüfung militärischer Operationen wird. Wir schlagen deshalb für Artikel 4 des Protokolls eine diesbezügliche Ergänzung vor. Zur Sicherheitsfrage erklärte Henderson in einem gewissen Gegensatz zu Benesch, daß Artikel 7 des Protokolls bereits in Artikel 16 des Paktes enthalten sei und damit keine neuen Verpflichtungen übernommen würden. Die in Artikel 16 des Paktes vorgesehenen Verfahren bei der Ergreifung militärischer Sanktionen müssen aufrechterhalten werden. Es war noch nie davon die Rede, Land- oder Seestreitkräfte dem Rat zur freien Verfügung zu stellen. Der zweite und dritte Abschnitt des Artikels 11 enthalten darüber genaue Bestimmungen. Dieser Entwurf ist aber nur ein erster Schritt, und selbst wenn er durch alle Parlamente angenommen und ratifiziert ist, wird er erst einen Anfang zu einem großen Werk bedeuten. Die schwierigste Aufgabe,

die Abrüstung,

bleibt noch zu erfüllen. Geben wir uns keinen Illusionen über die Leichtigkeit ihrer Lösung hin, aber seien wir gewiß, daß dieses Protokoll die Grundlage zum Erfolge schafft. — Es sprachen dann noch in der Debatte Schanzer (Italien), Bonnevay (Frankreich), Duca (Rumänien) und Poullet (Belgien). Am Mittwoch wird die Debatte über die einzelnen Punkte des Protokolls fortgeführt und die endgültige Annahme beschlossen werden

•

3000 Friedensversammlungen in England

S. **London**, 22. September. (Eigener Drahtb.) Die Arbeiterpartei hat am Sonnabend und Sonntag über 3000 Versammlungen und Demonstrationen für den Frieden abgehalten, die überall gewaltig besucht waren. Sämtliche Minister und Staatssekretäre sprachen in den Versammlungen und in jeder gelobten die Massen des Volkes: Nie wieder Krieg. Die Presse stellt fest, daß es zum erstenmal in England geschehen sei, daß die gesamte Regierung für die Friedensbewegung wirke. England stelle sich an die Spitze der Friedenssache. Die beruhigende Wirkung in Europa zeige sich bereits

•

Parlamentarische Lage und Arbeiterregierung

S. **London**, 22. September. (Eig. Drahtb.) Aus der Kabinettssitzung vom Montag wird bekannt, daß das Unterhaus, das am 30. September zusammentritt, nur das Gesetz über die irische Grenzfestsetzung verabschieden und dann für einen Monat in Ferien gehen wird. Dann erst wird der Parlamentskampf um den englisch-russischen Vertrag kommen. In den Kreisen der Arbeiterpartei glaubt man, daß dieser Kampf nicht zum Sturze der Regierung führen wird, sondern die Entscheidung erst im Frühjahr kommt, wenn die Regierung das neue Budget einbringt. Dieses Budget soll entschiedener vom Geiste der Arbeiterpartei durchströmt sein als das erste, das in seinen Hauptzügen von der früheren konservativen Regierung übernommen worden war.

Ein bolschewistischer Hilferuf

So mußte es kommen! Eine Gruppe bolschewistischer Arbeiter in Rußland, die sich die Arbeitergruppe der Kommunistischen Partei Rußlands nennen, erläßt einen Aufruf an das internationale kommunistische Proletariat, in dem es die Arbeiter andrer Länder um Hilfe gegen die Diktatur der Sinowjew und Konsorten anruft. Aus der russischen Sowjetherrschaft ist im Laufe der Zeit die Alleinherrschaft einiger bolschewistischer Diktatoren geworden, die sich den Teufel um Stimmung, Ansichten und Meinungsfreiheit ihrer andern Genossen scheren und die Diktatur innerhalb der Dritten Internationale ebenso aufgerichtet haben wie innerhalb Rußlands. Gegen diese Diktatur in der K. P. D. ist eine starke Oppositionsgruppe aufgekommen. Sie hat ihre Vertreter in allen Ländern. Auch in Deutschland ist sie vorhanden und richtet sich gegen die Berliner Zentrale, die unter Ruth Fischers Kommando getan hat, was sie konnte, um sich das Lob der deutschen Reaktion zu verdienen.

In Rußland stehen Männer wie Trotzki und Radek auf seiten der Opposition und fordern mehr Demokratie innerhalb der Kommunistischen Partei. Aber nach den Erfahrungen von vier Jahren Dritter Internationale müßten die Kommunisten nunmehr wissen, daß die Diktaturtheorien, die sie vertreten, auch zu diktatorischen Entartungen innerhalb der eigenen Partei führen müssen. Diktatur, Terror und Gewalt nach außen, Demokratie und Meinungsfreiheit nach innen — das verträgt sich miteinander wohl ebensowenig wie Wasser und Feuer. In Rußland hat diese Diktatur der Sinowjew und Genossen gegen die eigne Partei zu schwerer Korruption, zu Maßregelungen und Verfolgungen der eigenen Genossen geführt. Darum der Aufruf dieser bolschewistischen russischen Arbeitergruppe. Er ging bezeichnenderweise auch der sozialdemokratischen Presse zu und verdient, in den Betrieben angeschlagen zu werden. Wir geben ihn schon deswegen im Wortlaut, weil die deutsche kommunistische Presse dazu weder die Erlaubnis von der Berliner Zentrale noch den Mut haben wird. Wir werden morgen einen weiteren Notschrei bolschewistischer Arbeiter bringen.

•

Aufruf!

An das internationale kommunistische und mit ihm sympathisierende Proletariat über die Repressalien gegen die Arbeitergruppe der Kommunistischen Partei Rußlands

Die Arbeitergruppe der K. P. R. besteht ausschließlich aus Arbeiterkommunisten, welche nicht als Beamte in den Sowjets, Gewerkschaften und Parteiinstitutionen, sondern unmittelbar in den Fabriken und Betrieben arbeiten. Endgültig hat sie sich im März 1923 formiert, indem sie als ideelle Basis für ihre Tätigkeit das von ihr herausgegebene „Manifest" angenommen hat. Die herrschende Schicht der K. P. R., die bürgerliche Verlage legal bestehen läßt, will aber das legale Auftreten der Arbeitergruppe nicht erlauben, so daß diese vom ersten Schritt an zu unterirdischer, illegaler Arbeit verurteilt war. Trotzdem begann die Gruppe schnell zu wachsen und sich zu stärken.

Wir gehen hier nicht auf alle ihre Prinzipien im einzelnen ein, weil man sich mit ihnen durch das „Manifest", das in deutscher, russischer und englischer Sprache gedruckt ist, selbst bekanntmachen kann. Wir wollen hier nur sagen, daß die Arbeitergruppe in der Frage der „Einheitsfront" eine Auffassung vertritt, die sich der Berliner Opposition der K. P. D. und K. A. P. nähert. Aber die Gruppe begnügt sich nicht mit der Frage der „Einheitsfront" in ihrer Durchführung in den Ländern, in denen die Macht der Bourgeoisie gehört, sondern wendet sie auch auf die russischen Verhältnisse an und kommt dort zu einer ganz andern Lösung:

Sie hält es nämlich für notwendig, daß die Arbeiterklasse als herrschende Klasse dort Freiheit des Wortes und der Presse haben muß.

Was alle andern Fragen anbetrifft, so strebt die Gruppe zur Verstärkung der Diktatur des Proletariats durch Heranziehung der Arbeiterklasse an die Verwaltung des Staates und der Industrie mittels Klassenorganisationen: Arbeiterdeputierten-Räte in den Fabriken und Betrieben und Produktionsverbände.

Die Arbeitergruppe hat nichts gemein mit der sogenannten „Arbeiter-Wahrheit", welche zur Liquidierung alles dessen strebt, was an den Errungenschaften der Oktober-Revolution kommunistisch ist und daher ganz menschewistisch ist.

Die Kommunisten aller Länder und besonders der proletarische Teil ihrer Parteien, die gehört haben, daß die Arbeitergruppe in illegalen Verhältnissen zu existieren gezwungen ist, und die sich mit dem Manifest bekanntgemacht haben, sind sehr erstaunt über die unkluge Politik des Zentralkomitees der K. P. R., die dieses der Arbeitergruppe sowie der Arbeiterklasse im ganzen gegenüber treibt. Aus Furcht vor solchen Wirkungen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240923/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG